



Präsident Andrew Jackson (Amtszeit 1829–1837) ist einer der wenigen, zu denen der derzeitige US-Präsident aufschaut

## Trumps Denkschule

USA Wie hemmungsloser Ethnonationalismus dem Präsidenten zum Erfolg verhilft

■ Hans-Georg Ehrhart

Dieser Präsident ist mehr als ein sprunghafter und narzisstischer Politiker, dem eigentlich die Eignung für das höchste politische Amt des mächtigsten Staates der Welt fehlt. Ob ihm das bewusst ist oder nicht: Sein Denken und Handeln fußt auf einer Denkschule in den Vereinigten Staaten, die lange Zeit nicht mehrheitsfähig war: den „Jacksonians“, benannt nach dem siebten Präsidenten Andrew Jackson (1829–1837). Die bislang dominanten Strömungen waren die nach den Staatschefs Woodrow Wilson (1913–1921) und Thomas Jefferson (1801–1809) benannten „Wilsonianer“ und „Jeffersonianer“. Erstere stehen für eine wertorientierte liberale Weltordnung mit den USA an der Spitze, die anderen für eine weniger normative, realistische Version davon.

### Erbe der „Jacksonians“

„Wilsonianer“ sind eher in der Demokratischen Partei, „Jeffersonianer“ mehr bei den Republikanern anzutreffen – „Jacksonians“ findet man in beiden Parteien. Sie können in gesellschaftspolitischer Hinsicht mit dem Label weiß, vigilant, rassistisch und populistisch versehen werden. Außenpolitisch stehen sie für militärische Stärke, wirtschaftlichen Nationalismus sowie gegen einen liberalen Interventionismus. Lange Zeit waren die „Jacksonians“ nicht mehr in der ersten Reihe der US-Bundespolitik vertreten. Dieser Denkschule zugehörige Politiker waren George Wallace, ein konservativer, für die Rassentrennung eintrittender Demokrat aus Alabama, der in den 1960er und 1970er Jahren bei Vorwahlen viermal für das Präsidentenamt kandidierte, oder der rechts-libertäre Präsidentenbewerber Barry Goldwater. Auch der republikanische Kommunistenjäger Joseph McCarthy zählte zu diesem Lager.

In jüngster Vergangenheit findet das, wo für „Jacksonians“ stehen, in der US-Bevölkerung wieder mehr Resonanz. Dafür spricht der relativ stabile Rückhalt von Trump, dessen Umfragewerte derzeit um die 40 Prozent liegen. Woher resultiert diese Anhängerschaft? War Trumps Wahl nur ein einmaliger Irrtum? Oder gibt es tieferliegende Gründe, die andeuten, dass das von ihm bediente Gedankengut auch künftig wirksam sein wird? Und was folgt da-

raus für Deutschland oder die EU? Eine gängige Erklärung für bisherige Erfolge Trumps gilt seinem Populismus und Nationalismus, der besonders den absteigenden Teil der Mittelklasse und eine durch ungehemmte Globalisierung geschwächte Arbeiterschaft anspricht.

Eine andere Erklärung betont den starken Ethnonationalismus, also rassistische und migrationsfeindliche Positionen. Beides dürfte von Belang sein, denn realer oder sich abzeichnender sozialer Abstieg kann zum Rückgriff auf autoritäre Angebote führen. Jedoch kamen Trump-Wähler beim Präsidentenwettbewerb von 2016 auch aus besser gestellten Milieus. Zusätzlich kann sich Trump auf zwei mächtige Akteure stützen, die Profiteure seiner Politik sind: den seit 0/11 aufgeblähten Sicherheitsapparat und das Finanzkapital. Trumps erfolgreiches Kapern der Republikanischen Partei besiegelte zudem die Spaltung der politischen Klasse, deren Vermögen zur Zusammenarbeit („bi-partisanship“) bereits unter dem Präsidenten Barack Obama dramatisch abgenommen hatte. In der Gesellschaft verankerte Ängste wurden dadurch nicht abgebaut, sondern bedient. Der Historiker Richard Hofstadter hatte das schon in den 1960er Jahren als „paranoischen Stil“ beschrieben. Er basiert auf einem strukturell bedingten Ethnonationalismus, der sich heute – befeuert von aggressiven Vorfeldbewegungen wie Alt-Right, Rechtslibertäre und Tea Party – zunehmend der Republikaner bemächtigt hat.

Nun werden die USA nicht zu Unrecht als wichtigster Verbündeter Deutschlands bezeichnet. Sie haben den westdeutschen Staat im liberalen Westen verankert, seine Sicherheit garantiert, die europäische Integration unterstützt und 1990 die deutsche Einheit mitgetragen. Doch die Zeiten ändern sich. Nach gut drei Jahrzehnten unangefochtener US-Dominanz als einziger Supermacht rückt außenpolitisch die Rivalität

**Ein Deal ist nur dann gut, wenn die USA davon mehr haben als ihre Partner**

mit China in den Vordergrund, während die US-Gesellschaft innerlich zerrissen ist. In dieser Lage werfen die USA internationalen Ballast ab und versuchen, in ihrer Außenpolitik das Kosten-Nutzen-Verhältnis zu verbessern. Dies geht nicht nur auf die „Jacksonians“ zurück, sondern fußt auf einer sozialen Basis, die durch eine bewusst betriebene Spaltung der US-Gesellschaft wächst. Die deutsche Außenpolitik sieht sich dadurch mehr denn je genötigt, die EU zu verteidigen. Schließlich ist diese nicht nur Garant für Integration und Wohlstand, sondern auch ein Friedensprojekt für den eigenen Kontinent. Trump hingegen sieht sie als Konkurrenten und redet von einem „Feind“, der „schlimmer als China“ sei. Er hofft den Brexit und will Sanktionen. Kaum anders wird mit der NATO verfahren, gegen die der US-Präsident nach den Worten von Ex-Sicherheitsberater Bolton, eine „verschleierte Feindschaft“ hegt. Die Allianz wird einer merkantilistischen Sicht nach dem Motto unterworfen: Ein Deal ist nur dann gut, wenn die USA besser abschneiden als ihre Partner. Wenn nicht, wird mit Austritt oder einem Truppenabzug gedroht.

Auch bei der Rüstungskontrolle folgt die Trump-Administration dem konfrontativen Muster. Der Nuklearvertrag mit dem Iran ist ebenso gekündigt, wie das für die Abkommen über den Verzicht auf atomare Mittelstreckenraketen und über den „offenen Himmel“ zutrifft. Und ob es bis Hoffen 2021 gelingt, den New-START-Vertrag mit Russland zu verlängern, erscheint fraglich.

### Zunehmend hemdsärmelig

Die wertebasierte deutsche Außenpolitik, bei der Rhetorik und Realität oft auseinanderfallen, sieht sich einem Grundsatzkonflikt gegenüber, wenn sich die USA unter Donald Trump einem funktionierenden Multilateralismus explizit verweigern. Allein beim Handel wird die America-first-Politik zunehmend hemdsärmelig, um die Welthandelsorganisation zu beschädigen und die EU mit Strafzöllen und Deutschland mit Sanktionen wegen der Pipeline North Stream II zu bedrohen. Können da die USA auch künftig Deutschlands wichtigster Partner sein? Wohl nur dann, wenn Berlin widerspruchlos den Part eines willfährigen Vasallen übernimmt.

Hans-Georg Ehrhart ist freier Autor und Friedensforscher in Hamburg

## Beherrschbar bleiben

Israel Selbst Dreijährige gelten als Bedrohung für die Präsenz und Interessen der Siedler im Westjordanland

■ Tania Hary

Adam Hemo ist erst dreieinhalb Jahre alt, als in seinem Namen 2017 eine Petition beim Obersten Gerichtshof in Tel Aviv eingereicht wird. Darin ist die Bitte enthalten, ihm die Erlaubnis zu erteilen, mit seiner Mutter und den vier älteren Geschwistern vom Gazastreifen in die Westbank zu ziehen. Letztere waren im von Israel kontrollierten Register der palästinensischen Bevölkerung als „Einwohner der Westbank“ eingetragen. Das bedeutete nach den israelischen Einreisebestimmungen, sie konnten beantragen, dorthin zurückziehen zu dürfen – aber Adam, als „Gaza-Bewohner“ registriert, durfte nicht mit.

53 Jahre nach der mit dem Sechs-Tage-Krieg erfolgten Besetzung, 27 Jahre seit dem Oslo-Abkommen und 15 Jahre nach dem Rückzug aus dem Gazastreifen besitzt Israel weiterhin die exklusive Macht, um zu entscheiden, wer nach Gaza gehört und wer in die Westbank. Kann ein Bürger aus dem Gazastreifen keine Legitimation vorweisen, um im Westjordanland zu leben, gilt er dort als „illegaler Ausländer“ – auch ein Dreijähriger. Die anhaltende Kontrolle über das palästinensische Einwohnerregister sichert die nötige Macht, um über das Schicksal von Millionen Menschen zu bestimmen. Das betrifft ganz alltägliche, aber ebenso einschneidende Fragen. Es wird unter anderem entschieden, wen man lieben und wo sein Leben zubringen darf, welche Lebensmittel im Supermarkt um die Ecke zu haben sind, welches Unternehmen welche Waren und welche Dienstleistungen anbieten kann.

Ob die Westbank nun in Teilen annektiert wird oder nicht, ob Donald Trumps Nahostplan umgesetzt wird oder nicht – Israels Kontrolle der Freizügigkeit bleibt. In den vergangenen Jahren erhielt diese Politik den Namen „Teilungspolitik“. Ohne dass die damit verfolgten Ziele je formal erklärt wurden, sind Vertreter des Staates mit Eifer dabei, sie vor Gerichten bei Fälen wie denen des jungen Adam zu verteidigen. Begründung: Die Minimierung von Kontakten und Reisen diene dazu, einen „Transfer terroristischer Infrastruktur“ zu verhindern. Auch wenn der Antragsteller ein Dreijähriger ist und nicht einmal Keke aus Gaza City nach Ramallah geliefert werden dürfen? Adams Geschichte wirkt

so absurd wie bezeichnend. Seine Mutter Kawthar stammt zwar ursprünglich aus der Westbank, heiratete aber einen Palästinenser aus dem Gazastreifen und folgte ihm dorthin. 2012 gelang es ihr, sich und vier ihrer Kinder als Westbank-Bewohner registrieren zu lassen – nicht jedoch ihren jüngsten, 2013 geborenen Sohn.

### Dynamik der Besetzung

Prompt geriet Kawthar in ein unlösbares moralisches Dilemma. Sie hatte die Wahl: entweder vier Kindern die Chance auf ein Leben in der Westbank ohne grassierende Armut und häufige Luftangriffe bieten, indem sie ihr jüngstes Kind im Gazastreifen zurückließ, oder die Familie zusammenhalten und dort ausharren. So wurde Adam 2017 einer der jüngsten Antragsteller vor Israels Oberstem Gericht. Nach einem über zwei Jahre andauernden Rechtsstreit wurde ihm schließlich kurz vor seinem sechsten Geburtstag die Erlaubnis erteilt, mit der Familie ins Westjordanland überzusiedeln.

Die Besetzung dauert schon so lange an, dass ihre Bürokratie über eine eigene Dynamik und Logik verfügt. Das heißt, es lässt sich einfach nicht mit dem Gebot der Sicherheit argumentieren, wenn man den Umzug eines Dreijährigen von hier nach dort blockiert. Stattdessen wird durch ein bürokratisches System dafür gesorgt, dass so wenige Palästinenser wie möglich in der Westbank leben.

Der Territorialanspruch und die Ziele des israelischen Staates dort sind eindeutig. Immer mehr Siedlungen befinden sich nicht aus Sicherheitsgründen in diesem Gebiet, sondern weil ein Teil der Gesellschaft, der enorme Macht besitzt, der Ansicht ist, er dürfe über dieses Land verfügen. Und das ohne jede Verpflichtungen gegenüber den Palästinensern, die nebenan wohnen. Die Siedler und ihre Helfer verstecken sich nicht einmal mehr hinter der heiligen Kuh „Sicherheit“. Sie tun alles, um eine Realität zu zementieren, in der die Palästinenser auf unbestimmte Zeit beherrschbar bleiben.

Tania Hary ist Geschäftsführerin der israelischen Non-Profit-Organisation Legal Center for Freedom of Movement. Haaretz Text erschien zuerst bei der Zeitung Haaretz

Übersetzung: Carola Torti

ANZEIGE

RETTET  
DIE ZUKUNFT

»Wie viele Viren, Dürren, Hassmails, Fluten und Orkane muss es noch geben, bis die Unverantwortlichen begreifen, dass ihre Wirtschafts- und Arbeitsideologie die Ursache ist?«

Günther Moewes: ARBEIT RUINIERT DIE WELT, 152 Seiten, € 12,00, ISBN 978-3-939816-74-4